

Sträubinger Tagblatt

Straubinger Zeitung / Straubinger Anzeiger · Gegründet 1860

Nummer 67

Serapion, Alexandra, Christian – Dienstag, 21. März 2023 – Benedikt von Nursia

1,80 € / B 6527 A

LOKALES

Mobile Jugendarbeit:
Der MoJa-Bus bietet
viele Möglichkeiten 17

REGIONALES

Wegen des Priestermangels
bekommen Laien mehr
Mitwirkungsrechte 7

KULTUR

„Er war definitiv korrupt“:
John Malkovich über
seine Rolle als Seneca

WIRTSCHAFT

Drei Jahre nach dem ersten
Lockdown: Arbeitswelt hat
sich für immer verändert 5

SPORT

Warum sich die Straubing
Tigers in den Playoffs
bislang schwer tun 27

Rente in Ost und West ab Juli gleich hoch

Berlin. (kna) Rentner erhalten in Deutschland ab Juli erneut eine höhere Rente. Nach den Steigerungen im letzten Jahr werden die Renten in Westdeutschland um 4,39 Prozent und die Renten in Ostdeutschland um 5,86 Prozent steigen, teilte das Bundesarbeitsministerium am Montag mit. Damit gelte dann in West und Ost ein gleich hoher Rentenwert. Dies sei laut Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) wegen der Lohnsteigerungen am Arbeitsmarkt möglich und werde sogar ein Jahr früher als gesetzlich vorgeschrieben erreicht. ▶ Seite 2

Credit Suisse: Märkte vorerst beruhigt

Zürich. (dpa) Nach der Notübernahme der Credit Suisse durch die Schweizer Großbank UBS hat sich die Lage an den Finanzmärkten am Montag nach heftigen Kursschwankungen etwas entspannt. Doch die Lage an den Börsen bleibt fragil. EZB-Präsidentin Christine Lagarde bekräftigte, die Banken der Eurozone seien den jüngsten Turbulenzen gewachsen. Credit Suisse ist einer der weltweit größten Vermögensverwalter und gehört zu den 30 global systemrelevanten Banken, deren Ausfall das internationale Finanzsystem erschüttern würde. Eine Übernahme durch die UBS ist die bedeutendste Bankenfusion in Europa seit der Finanzkrise vor 15 Jahren. ▶ Seite 3/Leitartikel Seite 2



„Ein Monster entsteht“, kommentiert die „Neue Züricher Zeitung“ die Übernahme der Credit Suisse durch die UBS. Foto: Michael Buholzer/Keystone/dpa

WETTER

Heute



16 | 4

Morgen



19 | 4

Ausführliches Wetter ▶ Seite 24

Rätsel ▶ Seite 24

TV-Programm ▶ Seite 30

Kindernachrichten ▶ Seite 16

Internet: www.idowa.de

Anzeigenservice • 09421/940 6200



Vertriebsservice • 09421/940 6400

Putin: „Wir haben gemeinsame Ziele“

Kremlchef begrüßt Xi Jinping in Moskau – EU sagt Ukraine eine Million Artilleriegeschosse zu

Moskau/Brüssel/Kiew. (afp/dpa) Der chinesische Präsident Xi Jinping und Russlands Staatschef Wladimir Putin haben bei einem Treffen in Moskau Einigkeit demonstriert. Xi würdigte zum Auftakt seines Staatsbesuchs in der russischen Hauptstadt die „engen bilateralen Beziehungen, während Putin die „Gemeinsamkeiten“ zwischen beiden Ländern hervorhob.

Moskau und Peking hätten „viele gemeinsame Aufgaben und Ziele“, sagte Putin bei einem Gespräch mit Xi im Kreml. Die erste Auslandsreise des chinesischen Präsidenten in seiner neuen Amtszeit nach Russland bezeichnete der Kreml-Chef als „symbolisch“. Xi seinerseits würdigte die „engen Beziehungen“ seines Landes zu Russland. „Wir sind Partner in einer umfassenden strategischen Zusammenarbeit“, sagte der chinesische Staatschef laut russischem Staatsfernsehen.

Xi war zuvor auf einem roten Teppich am Moskauer Flughafen Wnukowo von Vize-Regierungschef Dmitri Tschernyschenko und einem Militärorchester begrüßt worden, das die Nationalhymnen der beiden Länder spielte, wie russische Staatsmedien berichteten. Kurz nach seiner Landung sagte Xi, sein Besuch werde den chinesisch-russischen Beziehungen „neuen Schwung“ verleihen. Nach dem ersten „informellen“ Treffen von Xi und Putin am Montag im Kreml sind für diesen Dienstag weitere Gespräche geplant.

Im Februar hatte China ein Positionspapier veröffentlicht, in dem das Land im Ukraine-Konflikt zum Dialog aufruft und zum Respekt der territorialen Souveränität aller Länder. Bei dem Treffen mit Xi



Mitten in seinem Krieg gegen die Ukraine empfängt Russlands Präsident Wladimir Putin (r.) Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping zu einem dreitägigen Staatsbesuch in Moskau. Foto: Sergei Karpukhin/Pool Sputnik Kremlin via AP/dpa

zeigte sich Putin offen für Chinas Vorschläge zur Beendigung des Konflikts. Moskau sei „immer offen für Verhandlungen“, sagte Putin. „All diese Fragen“ würden „einschließlich der chinesischen Initiative sicherlich diskutiert“ werden.

Die „erste und wichtigste Klausel einer Formel für die erfolgreiche Umsetzung des ‚chinesischen Friedensplans‘“ seien „die Kapitulation oder der Rückzug der russischen Besatzungstruppen vom ukrainischen Territorium“, erklärte hingegen der Sekretär des ukrainischen Sicherheits- und Verteidigungsrats, Oleksij Danilow, im Onlinedienst Twitter. Auch aus Berlin kam die Forderung nach einem Truppenab-

zug. Moskau „darf nicht durchkommen mit seinem Versuch, sich einen großen Teil des Nachbarlandes einzuverleiben“, sagte der stellvertretende Sprecher der Bundesregierung, Wolfgang Büchner. Deshalb sei es wichtig, dass Russland seine Truppen abziehe.

Pistorius: Europäische Union betritt Neuland

Unterdessen hat die Europäische Union ein Munitionspaket für die Ukraine im Umfang von zwei Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Die Außen- und Verteidigungsminister vereinbarten am Montag in Brüssel, in den nächsten zwölf Mo-

naten eine Million Geschosse an die Ukraine zu liefern und dafür erstmals gemeinsame Bestellungen bei der Rüstungsindustrie aufzugeben. Damit betrete die EU „Neuland“, sagte Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD). Ziel müsse es sein, „noch in diesem Jahr eine nennenswerte Zahl“ von Artillerie-Munition an die Ukraine zu liefern.

Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba, der per Videoschalte an den Beratungen teilnahm, begrüßte die „wichtigen Entscheidungen, die die Fähigkeiten der Ukraine auf dem Schlachtfeld stärken werden“. Er drängte die Europäer, die Munition „so schnell wie möglich“ zu liefern.

Heizung statt Hörsaal

Stefan Prommesberger entscheidet sich nach dem Abitur für eine Ausbildung

Pilgramsberg. (han) Jedes Jahr stellt sich für die frisch gebackenen Abiturienten die gewichtige Frage, welchen Berufsweg sie einschlagen wollen – zum Studieren an eine Universität oder eine Ausbildung machen. Diese Frage musste auch Stefan Prommesberger aus Rattiszell beantworten. Er entschied sich gegen den Hörsaal und für die Lehre zum Anlagenmechaniker.

Für den 20-Jährigen, der vor zwei Jahren am Veit-Höser-Gymnasium in Bogen sein Abitur gemacht hat, war bereits während der Schulzeit klar, dass er nach seinem Abschluss praktische Erfahrungen sammeln wolle. Eine Reihe von Ferienjobs haben seinen Entschluss gefestigt und ihn schließlich in den Bereich der Anlagenmechanik geführt. Und die Arbeit an Lüftungen, Heizungen, Sanitär und Elektrik macht ihm sichtlich Spaß, auch wenn er sich anfangs an das frühe Aufstehen gewöhnen musste.



Stefan Prommesberger ist zufrieden über seine Entscheidung, nach dem Abitur eine Ausbildung zu absolvieren. Foto: Eva Rothmeier

Im Februar 2024 wird Prommesberger seine Ausbildung abschließen. Was danach kommt, ob Studium oder Meisterschule, weiß er noch nicht. Auf jeden Fall steht für

ihn fest, dass eine Ausbildung nach dem Abitur eine gute Idee war, die er nie bereuen werde. „Denn dieses Wissen nimmt mir keiner mehr und wird mir immer weiterhelfen.“

Sieben Milliarden Euro für Erdbebenopfer

Brüssel. (kna) Für den Wiederaufbau der Erdbebengebiete in der Türkei und Syrien wollen Staaten und internationale Organisationen sieben Milliarden Euro bereitstellen. Diese Summe gab Schwedens Ministerpräsident Ulf Kristersson nach einer Geberkonferenz am Montag in Brüssel bekannt. Die EU sagte eine Milliarde Euro für die Türkei zu, für humanitäre Hilfe und den Wiederaufbau in Syrien weitere 108 Millionen Euro an. Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) verdoppelte den deutschen Beitrag auf 240 Millionen.

An dem Treffen nahmen nach EU-Angaben mehr als 60 Staaten teil. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan bezifferte in einer Videobotschaft den geschätzten Bedarf für den Wiederaufbau seines Landes mit 97 Milliarden Euro.

Bei der Serie von Beben im türkisch-syrischen Grenzgebiet ab dem 6. Februar kamen mindestens 50000 Menschen ums Leben. Zehntausende werden noch vermisst.

Ende des Bankenbebens oder neue Probleme?

Die schlingende Schweizer Bank Credit Suisse wird vom größeren Konkurrenten UBS geschluckt. Durch den Megadeal könnten aber noch größere Herausforderungen entstehen, befürchten Kritiker

Von Friederike Marx, Matthias Röder und Steffen Weyer, dpa

Die Notübernahme der Credit Suisse durch die Schweizer Großbank UBS sollte Ruhe in die Finanzmärkte bringen. „Der Bundesrat ist überzeugt, dass sie die beste Lösung ist, um das Vertrauen wiederherzustellen“, sagte der Schweizer Bundespräsident Alain Berset bei der Bekanntgabe der bedeutendsten Bankenfusion in Europa seit der Finanzkrise vor 15 Jahren. Doch die Sorge vor einer Bankenkrise auch infolge der Turbulenzen in den USA schwelt an den Finanzmärkten weiter.

Keht jetzt Ruhe ein? Nach der Finanzkrise 2008/2009 sollte eigentlich keine Bank mehr so groß sein, dass der Staat sie nicht pleitegehen lassen kann („too big to fail“). „Mit dieser Fusion zweier Banken, die schon zuvor systemrelevant waren, erhalten wir einen noch größeren Akteur, der erst recht nicht pleitegehen darf“, kritisiert Gerhard Schick von der Bürgerbewegung Finanzwende. „Diese Lösung ist nicht nachhaltig und verschärft das Too-Big-To-Fail-Problem nur noch“, sagt der frühere Grünen-Politiker. Zudem bleibt die Lage auf dem US-Bankensektor nach dem Kollaps der Silicon Valley Bank und der Probleme anderer Regionalbanken angespannt. Das sorgt für Unruhe an den Börsen.

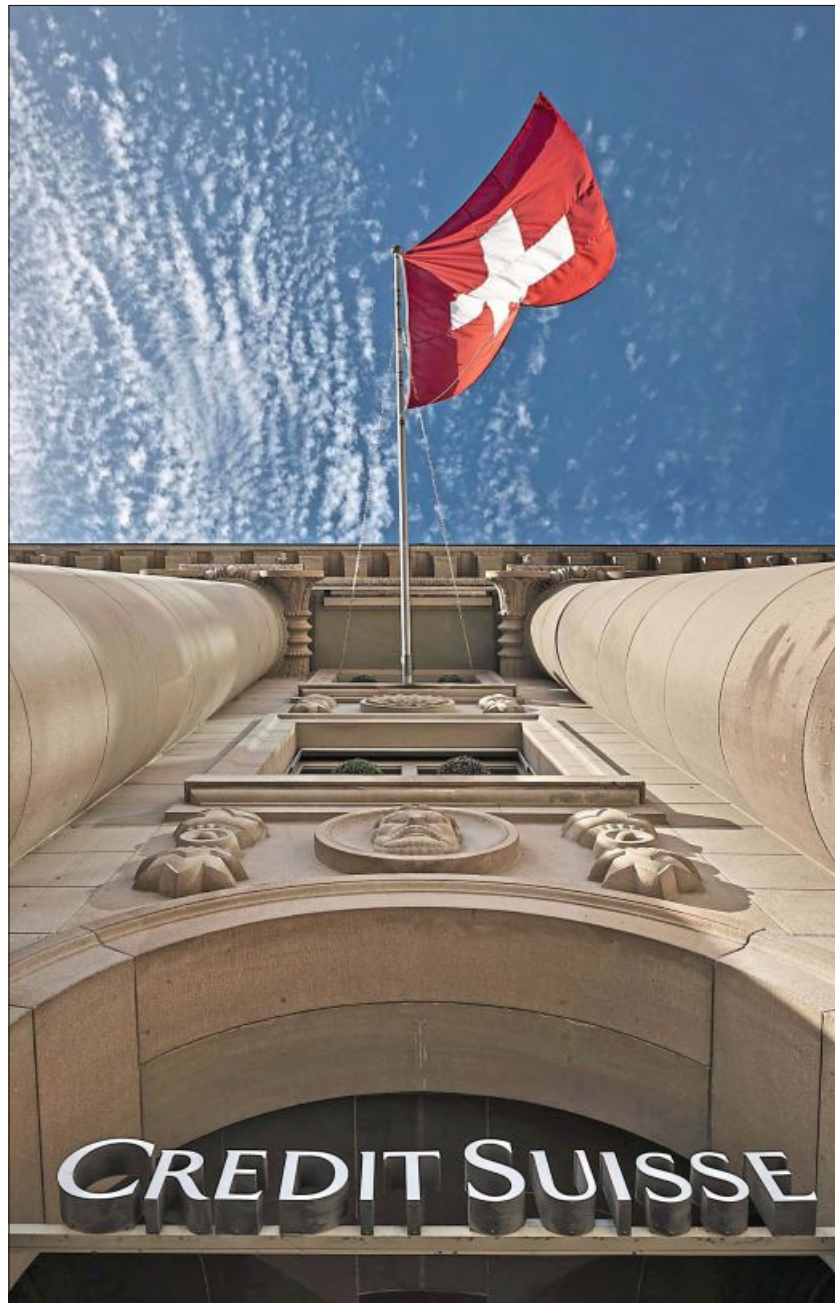
Wie stehen die deutschen Banken da? Der deutsche Bankensektor präsentiert sich derzeit vergleichsweise robust. Die beiden großen Institute Deutsche Bank und Commerzbank erzielten nach hartem Umbau zuletzt wieder Milliardengewinne. Sie profitieren dabei auch von der Zinswende. Banken verdienen dadurch zum Beispiel wieder mehr an Krediten. Zugleich sorgen steigende Zinsen allerdings für Kursverluste an den Märkten etwa für Staatsanleihen. Milliardenabschreibungen auf Wertpapierbestände, die Institute für vorübergehend halten, sind die Folge.

Das bekamen im vergangenen Jahr Sparkassen und Genossenschaftsbanken zu spüren. Zum Problem werden die Kursverluste vor allem dann, wenn Institute die Papiere vor Ende der Fälligkeit verkaufen. Die Sparkassen hielten die Papiere üblicherweise aber bis zur

Endfälligkeit, versicherte der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Helmut Schleweis unlängst. „Die Sparkassen verfügen über ein sehr leistungsfähiges Sicherungssystem, um das uns viele Institute und Institutsgruppen in Europa und weltweit beneiden“, ergänzt Walter Strohmaier, Bundesobmann der deutschen Sparkassen und Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Niederbayern-Mitte. Die Sparkasse Niederbayern-Mitte sei kerngesund, stabil und auch für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen bestens gerüstet. Über ein eigenes Sicherheitsnetz verfügen auch Genossenschaftsbanken, falls ein Institut in Schieflage gerät.

Was sind weitere Gründe für die anhaltenden Anlegersorgen? Banken, Versicherer und andere Anleger haben insgesamt 16 Milliarden Franken (16,2 Milliarden Euro) in nachrangige Anleihen der Credit Suisse (sogenannte AT1-Papiere) gesteckt. Auf Geheiß der Schweizer Finanzaufsicht Finma soll dieses Geld dem Eigenkapital der Credit Suisse zugeschlagen werden, die Inhaber dieser Papiere verlieren ihr eingesetztes Geld. Zunächst war unklar, welchen Großanlegern dadurch höhere Ausfälle drohen. Die Deutsche Bank ist nach eigener Auskunft „nahezu null“ betroffen, die Commerzbank einem Sprecher zufolge überhaupt nicht. Die Bankenaufsicher der Europäischen Union stellten klar, dass für den Fall einer Schieflage einer Bank in der EU eine feste Regel gelte, in welcher Reihenfolge Aktionäre und andere Gläubiger herangezogen würden. Verluste einer Bank gingen zuerst zulasten des Aktienkapitals. Erst wenn dieses nicht ausreichte, würden AT1-Anleihen herangezogen.

Wurden die richtigen Lehren aus der Lehman-Pleite gezogen? Allein die EU-Staaten mussten in der Finanzkrise nach der Pleite der US-Bank Lehman Brothers rund 1,6 Billionen Euro in marode Banken stecken. Seitdem müssen Banken deutlich mehr Eigenkapital vorweisen. Zudem werden seit 2016 in Europa im Fall der Schieflage eines Instituts zunächst Eigentümer und Gläubiger zur Kasse gebeten. Erst als letztes Mittel geht es an Einlagen von Sparern sowie Gelder aus einem von den Banken finanzierten



Die Lage der angeschlagenen Schweizer Großbank hat am Samstag die Regierung auf den Plan gerufen. Am Sonntagabend wurde dann die Übernahme durch die UBS bekannt gegeben.

Foto: Michael Buholzer/keystone/dpa

Krisenfonds. Ökonom Jens Südekum erwartet keine Ansteckungseffekte innerhalb der Branche wie 2008.

„Die Eigenkapital-Quoten sind besser und es gibt kaum faule Kredite mehr“, sagte das Mitglied des Bundeswirtschaftsministeriums der „Bild“-Zeitung am Montag. Kritiker halten die aktuellen Bestimmungen nicht für ausreichend. „Das Scheitern der Credit Suisse ist ein Weckruf, endlich wichtige Finanzmarktreflexionen durchzusetzen“,

fordert Gerhard Schick von der Bürgerbewegung Finanzwende. Notwendig seien unter anderem größere Kapitalpuffer bei Banken und eine europäische Abwicklungs- und Einlagensicherungsbehörde mit mehr Befugnissen.

Wie reagieren die Notenbanken? Die Notenbanken versuchen zu beruhigen – verbal und mit einer konzertierten Aktion. „Der Bankensektor des Eurogebiets ist widerstandsfähig und verfügt über eine starke Kapital- und Liquiditätsposition“,

sagte Lagarde am Montag in Brüssel vor dem Wirtschafts- und Währungsausschuss des EU-Parlaments. Zudem erhöhten die sechs große Notenbanken die Schlagzahl zur Versorgung des Finanzsystems mit Dollar-Liquidität. Die Dollar-Geschäfte sollen sicherstellen, dass den Banken für wichtige, meist internationale Geschäfte nicht die Weltreservewährung Dollar ausgeht. Neben der EZB beteiligten sich die Notenbanken der USA, Kanadas, Großbritanniens, Japans und der Schweiz.

Wie sind in der Schweiz die Reaktionen auf den Deal? Neben einer gewissen Erleichterung ist die öffentliche Reaktion geprägt von Kritik und Bedenken. Was mit der Credit Suisse passiert sei, sei eine Schande für die Schweiz, hieß es von der liberalen FDP. Die Sorge gilt vor allem dem Ruf des Finanzplatzes Schweiz. Die Regierung hat sich bei der Übernahme auf Notrecht berufen. Der auf Bankenrecht spezialisierte Rechtsprofessor Peter Kunz hält das für eine unzureichende Rechtsgrundlage und rechnet mit Klagen gegen die Eidgenossenschaft. „Dass die CS-Aktionäre zum Deal gar nicht mehr gefragt werden, ist eine völlig außergesetzliche Regelung“, sagte er in Zeitungsinterviews.

Was sind die Folgen für die CS-Kunden und Belegschaft? Die Credit Suisse kann laut Finanzmarktaufsicht alle Geschäfte ohne Einschränkungen weiterführen. Damit sei der Schutz der Kunden gewährleistet. Konten, Depots und andere Dienstleistungen blieben wie gewohnt zugänglich. Das Geld der Kunden sei durch die Liquidität der Bank sowie durch die Einlagensicherung, die für Beträge bis zu 100 000 Franken gilt, geschützt. Auf die 50 000 Angestellten der CS kommen ungewisse Zeiten zu. Rund 10 000 Stellen könnten bedroht sein.

Wann ist der Deal auch rechtlich abgeschlossen? Die Fusionstransaktion unterliegt den üblichen Abschlussbedingungen. Beide Parteien sind zuversichtlich, dass alle Bedingungen erfüllt werden können, heißt es. Die Fusion soll nach Möglichkeit bis Ende 2023 vollzogen werden. Möglicherweise wird der Name Credit Suisse in Zukunft beibehalten. ▶ Leitartikel Seite 2

Experte: „Übernahme sorgt für Entspannung“

Die Übernahme der Credit Suisse durch die UBS entspannt die Situation deutlich“, sagt Börsenexperte Ulrich Müller. „Auch während der Finanzkrise ging es an der Börse nach den Rettungen von Banken wieder nach oben.“ Doch es gibt auch Verlierer, gibt der Investment-Coach und Gründer der Ulrich Müller Wealth Academy



Börsenexperte Ulrich Müller

Foto: Benedict Kraus

aus Halstenbek bei Hamburg zu bedenken. „Einen faden Beigeschmack hat die Notrettung allerdings: Gläubiger und Aktionäre der Credit Suisse müssen bluten. Das schwächt die Bankenbranche an sich. Bank-Aktien sind damit noch uninteressanter als ohnehin schon.“ Dennoch gibt sich Müller für die Zukunft zuversichtlich. „Für den Gesamtmarkt besteht aber Grund für vorsichtigen Optimismus – eine systemrelevante Bank wurde gerettet und damit Schlimmeres gebannt.“ (mas)

Die Angst vor dem Bankenmonster aus der Schweiz

Von Christian Grimm

Die „Neue Zürcher Zeitung“ hat es auf den Punkt gebracht: Der Zombie ist weg, doch ein Monster ist da. Der Zombie ist die Credit Suisse, die nach 167 Jahren Firmengeschichte mit dem bisherigen Erzrivalen UBS zwangsvermählt wird. Das Monster ist die neue UBS, deren Bilanzsumme beinahe doppelt so groß ist wie die Wirtschaftskraft der Schweiz. Wenn das Monster taumelt und fällt, dann könnte es die Weltwirtschaft mit in den Abgrund reißen.

An Tag 1 nach der erzwungenen Hochzeit vom Sonntag war die Stimmung an den Finanzmärkten angespannt und schwankend. Bankwerte standen auch in Deutschland zunächst unter Druck, genau wie der gesamte Dax an der Frankfurter Börse. Richtung Nachmittag erholte sich dann der deutsche Leitindex und drehte leicht ins Plus. Das einzige Thema der Händler war die Fusion der zwei Großinstitute vom Zürcher Paradeplatz. Einer, der die Entwicklung in der Schweiz genau verfolgt, ist Ex-Finanzminister Peer Steinbrück. Der SPD-Politiker war vor 15 Jahren im

Amt, als eine Bankenpleite in den USA eine globale Wirtschaftskrise auslöste.

Steinbrück hat ein Déjà-vu, dennoch glaubt er nicht, dass es wieder so schlimm wird wie in seiner Amtszeit. „Die Lage im Bankensektor ist angespannt und überhaupt nicht zu unterschätzen, aber sie ist nicht vergleichbar mit der Weltfinanzkrise von 2008/2009“,

Peer Steinbrück

Foto: Britta Pedersen/dpa

sagt der SPD-Politiker. „Der Zungenschlag ist mir zu dramatisch, denn aus der Weltfinanzkrise sind richtige Lehren gezogen worden“, betont er.

Dazu zählt der 76-Jährige höhere Eigenkapitalvorgaben für die Geldhäuser, höhere Liquiditätspuffer und eine europäische Bankenaufsicht. Steinbrück räumt aber ein, dass das Regelwerk nicht perfekt ist. „Das, was nicht gelungen ist, ist ein Trennbankensystem mit Geschäftsbanken auf der einen und Investmentbanken auf der anderen

Seite zu errichten“, meint er. Der politische Widerstand und der Widerstand der Finanzindustrie seien seinerzeit zu groß gewesen. Auch das Schattenbankensystem mit Investment- und Geldmarktfonds sowie Vermögensverwaltern sei bis heute weitgehend unreguliert.

„Das deutsche Finanzsystem ist stabil“

Ob die Anleger und Kontoinhaber Vertrauen in UBS-Credit Suisse haben werden oder anhaltend Geld abziehen, werden die nächsten Tage zeigen. Genau Letzteres war der Credit Suisse zum Verhängnis geworden. Die Cash-Bestände schmolzen dramatisch, weil Kunden ihr Geld verlangten und an andere Geldhäuser überwiesen. Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, analysierte, dass niemand genau wisse, ob es in Europa zu einer Panik in der Bankenindustrie komme. „Finanzkrisen sind per Definition kaum vorhersehbar“, betonte der Wirtschaftsprofessor. Allerdings sei das Finanzsystem heute widerstandsfähiger als vor 15 Jahren.